

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 6 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Stellen-Anzeigen die halbpaltene Kolonell-Beile 50 M. Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Brey. Druck von E. A. S. Reiser & Co., beide in Hannover.

Berantwortlicher Redakteur: Sebastian Brüll, Hannover. Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. - Fernsprech-Anschluss 3002.

Stabile Löhne

Wünschen die Unternehmer und ihre Presse, sie wollen unter keinen Umständen weitere Lohnzulagen bewilligen. Die Zeit für eine Stabilisierung der Löhne ist aber noch nicht gekommen und es besteht auch keine große Hoffnung, daß sie in absehbarer Zeit eintreten wird.

Es ist eine Tatsache, daß die Industrie trotz fortwährender Kapitalverwässerung sehr oft nicht mehr weiß, wie sie die Gewinne verschwinden lassen, wie sie die Dividenden verkleinern soll.

In allen Werken, die für die Ausführung geeignete Engenisse herstellen, wird fieberhaft gearbeitet. Die vorhandenen Warenbestände werden mit Begehr abgesetzt, die Hoffnungen werden unter günstigen Bedingungen verarbeitet, die Löhne ziehen zwar kräftig an, bleiben aber zunächst noch hinter der Steigerung der Warenpreise zurück.

Die „Tägliche Rundschau“ ist bestimmt ein unverdächtig Zeuge und unsere Kollegen tun gut, sich auf diesen Zeugen zu verlassen. Aber auch die Abschlüsse der Aktiengesellschaften für das vergangene Jahr — soweit solche schon vorliegen — bestätigen die Behauptung des Hauptorgans der Deutschen Volkspartei.

Wer heute die Augen offen hat und zu einem objektiven Urteil fähig ist, der wird nicht nur zugeben müssen, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger neben den Kleintrentnern am schlechtesten von allen Gesellschaftsschichten daran sind, er wird ferner zugestehen müssen, daß sich deren Lage in den letzten Wochen noch mehr verschlechtert hat und weiter verschlechtert.

Zur Begründung dieser Entschlieung wurde von Dr. August Müller ausgeführt, daß allein durch die letzte Verteuerung des Brotes bei einem Verbrauch von vier Pfund pro Kopf und Woche eine jährliche Mehrausgabe von 293 M. für den einzelnen, von 585 M. für ein Ehepaar und 1150 M. für eine vierköpfige Familie entstünde.

Nun ist aber nicht nur das Brot, sondern fast alles erneut verteuert worden. Wie da die Unternehmer oder ihre Syndikate im Namen ganzer Industrien den Standpunkt einnehmen können, keine Lohnnachbesserungen mehr zu gewähren, ist einfach unverständlich.

Table with 2 columns: 1914 and 1921. Lists various goods like flour, bread, and their prices in different units.

Wer das Geld nicht erst zu zählen braucht, ob es auch hinreicht, um dieses oder jenes zu kaufen, der macht sich auch heute keine besonderen Gedanken über die Preise.

Diejenigen Industriezweige, in denen der größte Teil unserer Mitgliedschaft beschäftigt ist, wie chemische, Papier-, Zucker-Industrie usw., haben wahrlich keinen Grund, sich Lohnforderungen der Arbeiterschaft gegenüber bodenlos zu stellen.

Aus der Industrie

Nahrungsmittel-Industrie

Wirtschaftlicher Umbau in der Zucker-Industrie.

In der Zuckerindustrie vollziehen sich gegenwärtig Umwälzungen, an denen die Deffinitivität nicht achlos vorübergehen kann. Namentlich haben Zeitungen, die die Interessen der arbeitenden Klasse und der Konsumenten vertreten, dieser Entwicklung ihr Augenmerk zu schenken.

Die bisherigen Raffinerien reichten vollkommen aus, das zu Friedenszeiten erzeugte Zuckerquantum zu raffinieren. Wir haben aber gegenwärtig noch lange nicht die Friedensproduktion erreicht.

Das Bestreben der Zuckerfabrikanten geht vielmehr dahin, durch Umtausch der Aktien eine Interessengemeinschaft zu schaffen zwischen Rohzuckerfabriken und Raffinerien.

Bei dem Umtausch des Rohzuckers von der Rohzuckerfabrik zur Raffinerie müssen die Raffinerien natürlich die Umsatzsteuer tragen. Wollen sie dieses nicht, so werden die meisten Rohzuckerfabriken versuchen, sich auf Weißfärbung umzustellen.

Diegt das Bestreben, möglichst viel Rohzuckerfabriken zu Weißzuckerfabriken auszubauen, den Zucker selbst gebrauchsfertig zu machen, um so die Umsatzsteuer zu sparen, im Interesse der Allgemeinheit? Nach sachmännischem Urteil ist eine Weißzuckerfabrik nicht in der Lage, ein Produkt herzustellen, das an Güte dem raffinierten Zucker gleichkommt.

zu machen, um so die Umsatzsteuer zu sparen, im Interesse der Allgemeinheit? Nach sachmännischem Urteil ist eine Weißzuckerfabrik nicht in der Lage, ein Produkt herzustellen, das an Güte dem raffinierten Zucker gleichkommt.

Für das kommende Jahr ist nun eine weitere Steigerung im Rohzuckerbau und somit in der Zuckerproduktion zu erwarten, was im Interesse des deutschen Volkes durchaus erwünscht ist.

Da es Raffinerien gibt, die Millionen Liter Zucker verarbeiten, handelt es sich — trotzdem die Umsatzsteuer nur zwei Prozent beträgt — um ganz erhebliche Summen.

Neben der Umsatzsteuer sind noch eine Reihe andere wirtschaftliche Gründe zum Zusammenlegen der Fabriken maßgebend. Man hofft durch den Zusammenschluß mehrerer Rohzuckerfabriken mit einer Raffinerie dieser ein bestimmtes Quantum Zucker für jedes Betriebsjahr aus der näheren Umgebung liefern zu können.

Wir haben einige Erfahrungen gemacht, wie derartige Zusammenenschlußbestrebungen, wenn sie zustande kommen, auf die Preisgestaltung und auf die Produktionsgestaltung in diesen Industriezweigen wirken.

Für die Arbeiterschaft der Zuckerindustrie insbesondere kann diese Entwicklung recht unangenehme Folgen haben. Wird beispielsweise die bisherige Produktion einer Raffinerie auf zwei oder drei verteilt, so tritt eine dauernde Verringerung der Arbeitsmöglichkeit für diese Fabrik und somit auch für die am Orte wohnende Arbeiterschaft ein.

Aber auch nach einer anderen Richtung interessieren diese Konzentrationsbestrebungen namentlich die in der Zuckerindustrie beschäftigte Arbeiterschaft. Wir haben es in der Zuckerindustrie bei Lohnverhandlungen mit äußerst hartnäckigen Arbeitgebern zu tun.

Lohnfrage möglichst wieder auf das örtliche Gebiet zu schieben. Gelingt ihnen dieses, dann haben sie gewonnenes Spiel. Fabrikanten, die unter einer Leitung stehen, können dann die Produktion, falls in einem dieser Betriebe Differenzen bestehen, beliebig verchieben. Auch nach dieser Richtung haben wir Erfahrungen schon gesammelt. Da gilt es, für eine geschlossene Organisation zu sorgen, um den Unternehmen ein Paroli bieten zu können. E. S.

Neues Lohnabkommen für die Margarine-Industrie.

Nachdem im Januar die Lohnverhandlungen für die Margarine-Industrie verlagert und mit der Jaghstellers Forderung genommen worden war, jellten die neuen Lohnverhandlungen am 8. Februar stattfinden. Durch die Verhandlungen fanden die neuen jedoch erst am 15. Februar statt. Die neue Verhandlung zeitigte das nachstehende Resultat.

Das Fortleben der Lohnkommission war darauf gerichtet, noch für Januar eine Abgrenzung zu erreichen. Dieses war jedoch in der gegebenen Situation nicht möglich. Da der Lohnkommission für Februar ein Angebot gemacht wurde, das die Wünsche unserer Kollegenchaft nicht völlig befriedigt, da eine weitere Herabsetzung die endgültige Regelung nochmals hinausgeschoben hätte. Nimmte die Lohnkommission dem Unternehmen zu. Die Kollegenchaft wird ersucht, für die Durchführung des Lohnabkommens zu sorgen. (Die Lohnstellen sind den Stellen in genügender Anzahl zugegangen, die Obleute wollen sie dort abgeben.)

Lohnabkommen VII.

Am 1. Februar 1922 werden die in der nachstehenden Ausstellung bezeichneten Stundensätze gezahlt:

1. Für den Monat Februar 1922:

männliche Arbeiter

Ortsklasse	I	II	III	IV	V
Bis zum 20. Jahre	13,50	12,25	11,25	10,25	9,25
Bis zum vollendeten 20. Jahre	10,00	9,50	8,95	8,20	7,40
18.	7,95	7,36	6,75	6,15	5,60
16.	6,60	6,15	5,65	5,15	4,65

weibliche Arbeiter

Bis zum 20. Jahre	8,10	7,40	6,80	6,20	5,55
Bis zum vollendeten 20. Jahre	7,40	6,90	6,30	5,70	5,20
18.	6,10	5,30	4,90	4,60	4,20
16.	5,30	4,90	4,50	4,10	3,70

2. Für den Monat März 1922:

männliche Arbeiter

Bis zum 20. Jahre	13,75	12,50	11,50	10,50	9,50
Bis zum vollendeten 20. Jahre	10,50	10,00	9,45	8,40	7,60
18.	8,10	7,50	6,90	6,30	5,75
16.	6,70	6,25	5,75	5,20	4,75

weibliche Arbeiter

Bis zum 20. Jahre	8,30	7,60	7,00	6,40	5,75
Bis zum vollendeten 20. Jahre	7,55	7,05	6,45	5,85	5,35
18.	6,10	5,50	5,20	4,70	4,30
16.	5,35	4,95	4,55	4,15	3,75

Somit die Gehälter der Arbeiter in der ersten Hälfte des Monats März 1922 (vom 1. bis 15. März) gegenüber der letzten Gehaltsperiode (vom 1. bis 15. Februar) um mehr als 5 Prozent, demnach 10 Prozentsätzen zu einer neuen Lohnsteigerung für die zweite Hälfte des Monats März erreicht geworden.

Am 15. Dezember 1921 in Düsseldorf veranstaltete Sitzung für den westlichen Westdeutschen Arbeitsrat, wobei in gleicher Weise für die Dauer dieses Lohnabkommens besprochen.

Düsseldorf, den 15. Februar 1922.

Unterzeichnet

Jahresbericht des Gaues 5 (Danzig).

In diesem Jahr haben wir zum erstenmal eine eingehende Zusammenfassung über die Tätigkeit unserer Mitglieder im Westdeutschen Arbeitsrat gegeben. Diese Zusammenfassung ist in der Zusammenfassung 241, Berichtsjahresberichte der Gewerkschaften 242, Jahresberichten der Gewerkschaften 243, Berichten der Gewerkschaften 244, Berichten der Gewerkschaften 245, Berichten der Gewerkschaften 246, Berichten der Gewerkschaften 247, Berichten der Gewerkschaften 248, Berichten der Gewerkschaften 249, Berichten der Gewerkschaften 250, Berichten der Gewerkschaften 251, Berichten der Gewerkschaften 252, Berichten der Gewerkschaften 253, Berichten der Gewerkschaften 254, Berichten der Gewerkschaften 255, Berichten der Gewerkschaften 256, Berichten der Gewerkschaften 257, Berichten der Gewerkschaften 258, Berichten der Gewerkschaften 259, Berichten der Gewerkschaften 260, Berichten der Gewerkschaften 261, Berichten der Gewerkschaften 262, Berichten der Gewerkschaften 263, Berichten der Gewerkschaften 264, Berichten der Gewerkschaften 265, Berichten der Gewerkschaften 266, Berichten der Gewerkschaften 267, Berichten der Gewerkschaften 268, Berichten der Gewerkschaften 269, Berichten der Gewerkschaften 270.

Die Gewerkschaften sind in der ersten Hälfte des Monats März 1922 (vom 1. bis 15. März) gegenüber der letzten Gehaltsperiode (vom 1. bis 15. Februar) um mehr als 5 Prozent, demnach 10 Prozentsätzen zu einer neuen Lohnsteigerung für die zweite Hälfte des Monats März erreicht geworden.

Am 15. Dezember 1921 in Düsseldorf veranstaltete Sitzung für den westlichen Westdeutschen Arbeitsrat, wobei in gleicher Weise für die Dauer dieses Lohnabkommens besprochen.

Düsseldorf, den 15. Februar 1922.

Unterzeichnet

Jahresbericht des Gaues 14 (Sitz Köln) für 1921.

Mit dem Jahre 1921 ging das dritte Jahr der Beschäftigung für die Westdeutschen Arbeitsräte zu Ende. Wir haben schon im vorigen Bericht betont, daß gegenüber den Verhältnissen zur Arbeiterbewegung Verbesserungen eingetreten sind. Dennoch haben wir im Vergleich mit dem letzten Jahre noch eine Verschärfung der Verhältnisse festgestellt, die sich in einer noch stärkeren Einschränkung unserer Tätigkeit äußert. Eine vollständig freie Entfaltung unserer Tätigkeit ist infolgedessen nicht möglich. Es leidet darunter auch das gesamte Wirtschaftsleben in Industrie, Handel und Gewerbe. Und es leidet darunter die erfolgreiche Tätigkeit bei der wirtschaftlichen Interessenvertretung unserer Kollegen. Zudem brachte uns das von dem Reichstag am 1. Mai die Verhängung der Entlassungen und damit die wirtschaftliche Notlage vom übrigen Deutschland. Die Stilllegung einer großen Zahl von Betrieben, Körperarbeit in den anderen war die notwendige Folge dieser Unruhenpolitik. Dies hatte ungeheure Arbeitslosigkeit und Massenverelendung unserer Arbeiterchaft zur Folge.

Hadte die gesamte Industrie unter solchen Verhältnissen hundert zu leiden, so blieben die in westdeutschen Industriezweigen, der chemischen, Papier, der Steine und Erden usw., davon nicht verschont.

Die Zahl der Arbeitslosen stieg in einzelnen Industriestellen ganz gewaltig und ein Unterbringen derselben in anderen Industriezweigen war unmöglich.

Leider hat die Arbeiterchaft keine Möglichkeit, derartige wirtschaftliche Rückschläge in ihrem Haushaltsumsatz weitzumachen.

Wenn es uns trotzdem gelungen ist, in der Tarifpolitik Ausgleich zu schaffen, die, wenn auch nicht voll befriedigend, so doch eine gewisse Anpassung an die Lebenshaltungskosten ermöglichten, so ist dies unter Berücksichtigung der Gesamtlage zweifellos als ein Erfolg des westdeutschen Arbeitsrates zu bezeichnen.

In den Monaten Juli und August brachte die zu erwartende Aufhebung der Zwangswirtschaft mit Brotgetreide eine Erhöhung der Brotpreise und diese wirkte sich auch auf andere Artikel aus. Dies machte im August die Erhöhung aller laufenden Tarife notwendig, deren Erneuerung eine Erhöhung der Stundensätze mit sich brachte.

Unsere Tarifpolitik hat im allgemeinen die Zustimmung der Kollegenchaft gefunden. Sie hat in den Monaten August bis Dezember die Gulleitung in vollem Maße in Anspruch genommen und ist erfolgt unter ständiger Fühlungnahme mit den Kollegen aus allen Industriezweigen.

Hervorzugehen ist aus der chemischen Industrie das Bestreben der Unternehmer auf Abschaffung der Lohnklasseneinteilung und deren Ersatz durch Entlohnung nach Wirtschaftskoeffizienten.

Ereidit haben sie ihr Ziel nach unserer Tätigkeit nicht. In der Papierindustrie war im Anfang des Jahres nach mäßigem Verhandlungen eine Zusammenlegung der beiden Tarifgebiete besetzt und unbesetzte Stellen besetzt. Die verschiedenartigen wirtschaftliche Entwicklung in beiden Bezirken machte eine Trennung wieder notwendig.

Sie ist durch Schiedsspruch des Tarifamtes im November wieder erfolgt. Nicht gelungen ist es uns, das Dürener Tarifgebiet wieder mit den übrigen zu vereinigen. Wir werden bei passender Gelegenheit dahingehende Anträge wieder stellen.

Arbeiterchaft überhandlos in die Hände der Unternehmer gebracht hätte, wenn ein solches Vorgehen in den Betrieb nicht geübt hätte. In diesem Augenblick waren es die Unionisten selbst, die verlangten, daß die verhängten Gewerkschaften die Führung zur Bewandigung des Streiks in die Hand nehmen müssen. Der hat sich wieder bewahrheitet, daß Schimpfen recht angenehm und leicht, aber Beschwärzen ganz etwas anderes ist.

Der Aufbau der Betriebskollegenchaft ist so weit gediehen, daß Kollegenchaften in Industrie, die Kollegenchaften in Handel, die Gewerkschaften in Dienstleistungen und die Gewerkschaften in anderen Berufen sind. Die unterstehenden Arbeiter werden mit Hilfe dieser Kollegenchaft ihrem Ziele näher gebracht werden können.

In Danzig und in Jüterburg waren wir mit der gesamten Mitgliederzahl an den in diesen Städten ausgebrochenen Generalstreiks beteiligt. Die Ursachen dieser Streiks waren teils wirtschaftlicher, teils politischer Natur. Die bei solchen Streikmaßnahmen vorliegenden Aufgaben der Unterstützung der Streikende und besonders die Unterstützung der Opfer solcher Generalstreiks ist ein Problem, das auf alle Fälle gelöst werden muß, wenn unsere Organisation vor Schäden bewahrt bleiben soll, welcher von den sogenannten Hyänen des Schachfeldes uns mit Verächtlichkeit zugefügt werden kann. Die Grundsätze, daß solche Streiks auch unter Ausbringung von persönlichen und materiellen Opfern zu führen sind, sind sehr gut; wir freuen wir aber hin, wenn diese Grundsätze nur von einigen Gewerkschaften gehalten werden?

Ein Kapitel für sich bilden die erzielten Lohnsteigerungen. Mit Ausnahme einiger Monate haben wir das ganze Jahr hindurch wieder mit den erforderlichen geordneten Lohnbewegungen zu tun gehabt. Die gestrichelten Verhandlungen, welche fortgeschritten haben, beweisen, daß unsere Hauptaufgabe in Führung von Lohnbewegungen bestanden hat. Die Sparmaßnahmen aller Bewegungen und die dabei erzielten Lohnsteigerungen zeigen am besten, welche Größe unsere Mitglieder in dem Zusammenhalt in unserer Organisation haben.

In Streikunterstützung ist die Summe von 171 471, — Mk. zur Auszahlung gekommen. Der Grundlag, daß der Streik nicht das erste, sondern das letzte Mittel im gewerkschaftlichen Kampf sein muß, bleibt nach wie vor bestehen. Eine leistungsfähige Schmärgung unserer Kollegenverhältnisse und leistungsfähiges Abkämpfen unserer Mitglieder bringt nicht den Nachdruck, den wir ständig bei den Verhandlungen haben müssen. Bei 227 Bewegungen in 153 Betrieben mit 13 128 Beschäftigten wurde für den einzelnen erreicht eine monatliche Lohnsteigerung von 102,91 Mark oder 1 348 246 Mk. für alle Beteiligten. Die Mehrzahl unserer Gewerkschaften hat diese Steigerung als gut erkannt und hat sich bei allen sehr häufig nicht leichten Entscheidungen das Beste für unsere Mitglieder durchzusetzen geübt. M. B.

Bericht des Gaues 8 (Chüringen) über das Jahr 1921.

Unsere Streben auf ein einheitliches Zusammenwirken wurde manches Hindernis bereitet. In unseren Zusammenkünften verniedern wir stets, politische Streitfragen zum Austrag zu bringen. Leider geschieht das gleiche nicht immer zeitens unserer Mitglieder. Dadurch wurde die so wünschenswerte gemeinschaftliche Schulung bedeutend erschwert. Das festliche gewerkschaftliche Schulung machte sich besonders bei dem Märztag 1921 bemerkbar. Systematisch geübt und zum Teil immer noch größte Verungläubigung der Gewerkschaften, der Funktionäre und ihrer Tätigkeit lag mancherorts klar und schmerzliche Ueberzeugung vorliegen und diese durch unüberlegte Handlungen oft bedenkliche Folgen aus. Das, was in unglücklicher Arbeit aufgebracht wurde im Handumdrehen von Seiten niedrigeren, die weder am Aufbau mitgearbeitet, noch Achtung von gewerkschaftlichen Dingen haben. Der Kreis der Mitarbeiter muß in der Zukunft noch größer werden. Es geht nicht an, in verschiedenen Mitgliedschaften die gesamte organisierte Arbeit nur einigen wenigen Kollegen zu überlassen. Die Verantwortlichkeit liegt zunächst noch nicht in der Hand. Diese Aufgabe bringt es mit sich, daß unsere Tabellen über die Höhe des Verbandes nicht ganz vollständig sind. Wir sind bemüht geworden, wir können aber nicht mehr weiter kommen, wenn nicht ein erheblicher Teil unserer Arbeit demnach verwendet werden muß, um festzustellen, was ausgebaut. Das ist bekanntlich schwerer als er scheint. Bei dieser Gelegenheit danken wir allen, die zufällig mitgeholfen haben, wie auch jenen Mitarbeitern, denen es befohlen war, in etwas gestörter Atmosphäre für die Organisation zu wirken, als dort, wo Lage, Verunsicherung und Verdröhnung der Aufgaben triumphieren geübt haben. Aber die Aufgabe ist auch hier an den Tag gekommen, langsam aber sicher.

Demnach sind auch Schwierigkeiten zu den Unionisten und Einzelkämpfern — sowohl solche in der Reichsarmee überhaupt in Erscheinung getreten sind — so gut wie ganz wieder zurückgegangen.

Die Christen und kirchlichen Danksagen haben in unserer Verbandsarbeit nur sehr untergeordnete Bedeutung oder sind gänzlich übergegangen nicht vertreten. Die Danksagen betreffen, daß es uns vornehmlich Gebilde an unglückliche Ereignisse in unserem Verbandsgebiet überaus viele danken können. Die ersten kommen bei den von uns gesteuerten Bewegungen überhaupt nicht zu Verhandlungen, und die letzten — da, wo sie vertreten vertreten sind — verschmähen es nicht, nachträglich auch da zu unterzeichnen, wo sie überhaupt nicht mitgeholfen haben. Diese Art Arbeiterverneinung hat einen Wert gleich Null.

Besondere Aufmerksamkeit wurde im Berichtsjahre dem inneren Aufbau des Verbandes geschenkt. Solch die Organisation im Interesse der Mitglieder zu wirken, dazu ist eine noch größere Zusammenfassung der beiden Kollegenchaften zu Bezirkskollegenchaften erforderlich. Organisationsarbeit wird dieses immer mehr erkannt; mancher Funktionär legt sich allerdings bei Verhandlung notwendiger Verhandlungsmöglichkeiten oft von zu engen Anschauungen leiten. Die Betriebsämter und Betriebsvereinsleitungen bilden den Kern unserer Bewegung. Deshalb können bei der Ausübung von kollektiven Verhandlungen in Frage kommen. Nicht nur die Mitglieder, sondern auch die Kollegen in der Lage ist, praktisch mitzuarbeiten, sich zu vorgeordneten Betriebsämtern zu gewöhnen, sich zu betätigen zu lassen. Die Erfahrungen zwingen uns zu sagen, weshalb der hier unter: keinen Umständen gemacht werden. Solcher die Betriebsämter wirklich die durch das Gesetz gegebenen Rechte und Pflichten im Arbeitsvertrag erfüllen und vertreten, dann dürfen wir allen die Betriebsämter möglichst wenig verschärfen, es muß ihnen vielmehr für ein Einverständnis gegeben werden. Das notwendige Zusammenwirken mit der Organisation hat sich ebenfalls gegeben. In allen für das gewerkschaftliche Bestehen nach im Verhältnis unter Einfluss allen ausgedehnten sein, dagegen der der unbedeutendsten Teilen Gewerkschaften auf das richtige Verhältnis zurückgeführt werden. In all den Betrieben, wo bisher so verfahren wie vorgehen dargestellt, sind nur jene Erfahrungen in puncto Tätigkeit des Verbandes gemacht.

Bei Streikunterstützung, wie z. B. in der Fall-Jüterburg, wo wir infolge von Entlohnung eine Mitgliederbewegung von rund 1000 Kollegen hatten, lag es viel dem Gesicht der Betriebsämtermitglieder ob, in welcher Weise die Kollegen der Kollegen unterstützt werden können. Es kann gesagt werden, daß bei der Durchführung von Arbeiterstreiks unsere Betriebsämter nicht an erster Stelle stehen haben. So wird es auch in Zukunft sein. Auf unsere Unterstützung hat nur so mancher Kollege den von angeordneten Betriebsämtern unterstützt und hat sich den wirklichen Aufgaben eines Betriebsämtermitgliedes gewidmet. Eine solche Anerkennung ist nicht nur immer mehr nötig; aber die Betriebsämter sind nach in zu der Betriebsämtermitglieder der Betriebsämtermitglieder sehr gut ausgebildet. Wenn dieses mancher Betriebsämter weniger politische Dinge in den Vordergrund gesetzt, dann wird es sich der wirtschaftlichen Aufgaben besser bewußt und den Unternehmern gegenüber mit mehr Nachdruck, aber ohne Schaden zum Schaden, vertreten werden wie, würde auch ein Mann helfen — wo es sich nicht um die Kollegen — sondern um die Kollegen — handelt, dann wird es sich nicht um die Kollegen — sondern um die Kollegen — handeln.

Im Jahre 1921 wurden im Gau 8 in den verschiedenen Industriestellen 563 Lohnbewegungen in 979 Betrieben mit 34 140 Beschäftigten ausgeführt. Erreicht wurde für 54 150 Personen eine Lohnsteigerung von 6 701 194,60 Mk. pro Woche oder pro Person und Woche von 95,67 Mk.

Unter Berücksichtigung der äußerst schwierigen Verhältnisse sind wir mit dem Ergebnis unserer Arbeit ganz nicht zufrieden, müssen aber das Ergebnis doch als wichtiges. Viele unserer Mitarbeiter werden gleicher Ansicht sein; diese jedoch wie wir wollen nicht mehr sein, was für 1922 ein gemeinschaftliches Bestreben unserer Arbeit sein wird zu tun.

Die Westdeutschen Arbeitsräte haben im Laufe des Jahres 1921 eine Reihe von Maßnahmen getroffen, um die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Insbesondere wurde die Unterstützung der Streikenden und die Durchführung von Lohnbewegungen in den Vordergrund gerückt. Die Erfahrungen zeigen, dass die Arbeiterbewegung in Deutschland in der ersten Hälfte des Jahres 1922 gegenüber der letzten Gehaltsperiode (vom 1. bis 15. Februar) um mehr als 5 Prozent, demnach 10 Prozentsätzen zu einer neuen Lohnsteigerung für die zweite Hälfte des Monats März erreicht geworden.

Am 15. Dezember 1921 in Düsseldorf veranstaltete Sitzung für den westlichen Westdeutschen Arbeitsrat, wobei in gleicher Weise für die Dauer dieses Lohnabkommens besprochen.

Düsseldorf, den 15. Februar 1922.

Unterzeichnet

Jahresbericht des Gaues 14 (Sitz Köln) für 1921.

Mit dem Jahre 1921 ging das dritte Jahr der Beschäftigung für die Westdeutschen Arbeitsräte zu Ende. Wir haben schon im vorigen Bericht betont, daß gegenüber den Verhältnissen zur Arbeiterbewegung Verbesserungen eingetreten sind. Dennoch haben wir im Vergleich mit dem letzten Jahre noch eine Verschärfung der Verhältnisse festgestellt, die sich in einer noch stärkeren Einschränkung unserer Tätigkeit äußert. Eine vollständig freie Entfaltung unserer Tätigkeit ist infolgedessen nicht möglich. Es leidet darunter auch das gesamte Wirtschaftsleben in Industrie, Handel und Gewerbe. Und es leidet darunter die erfolgreiche Tätigkeit bei der wirtschaftlichen Interessenvertretung unserer Kollegen. Zudem brachte uns das von dem Reichstag am 1. Mai die Verhängung der Entlassungen und damit die wirtschaftliche Notlage vom übrigen Deutschland. Die Stilllegung einer großen Zahl von Betrieben, Körperarbeit in den anderen war die notwendige Folge dieser Unruhenpolitik. Dies hatte ungeheure Arbeitslosigkeit und Massenverelendung unserer Arbeiterchaft zur Folge.

Hadte die gesamte Industrie unter solchen Verhältnissen hundert zu leiden, so blieben die in westdeutschen Industriezweigen, der chemischen, Papier, der Steine und Erden usw., davon nicht verschont.

Die Zahl der Arbeitslosen stieg in einzelnen Industriestellen ganz gewaltig und ein Unterbringen derselben in anderen Industriezweigen war unmöglich.

Leider hat die Arbeiterchaft keine Möglichkeit, derartige wirtschaftliche Rückschläge in ihrem Haushaltsumsatz weitzumachen.

Wenn es uns trotzdem gelungen ist, in der Tarifpolitik Ausgleich zu schaffen, die, wenn auch nicht voll befriedigend, so doch eine gewisse Anpassung an die Lebenshaltungskosten ermöglichten, so ist dies unter Berücksichtigung der Gesamtlage zweifellos als ein Erfolg des westdeutschen Arbeitsrates zu bezeichnen.

In den Monaten Juli und August brachte die zu erwartende Aufhebung der Zwangswirtschaft mit Brotgetreide eine Erhöhung der Brotpreise und diese wirkte sich auch auf andere Artikel aus. Dies machte im August die Erhöhung aller laufenden Tarife notwendig, deren Erneuerung eine Erhöhung der Stundensätze mit sich brachte.

Unsere Tarifpolitik hat im allgemeinen die Zustimmung der Kollegenchaft gefunden. Sie hat in den Monaten August bis Dezember die Gulleitung in vollem Maße in Anspruch genommen und ist erfolgt unter ständiger Fühlungnahme mit den Kollegen aus allen Industriezweigen.

Hervorzugehen ist aus der chemischen Industrie das Bestreben der Unternehmer auf Abschaffung der Lohnklasseneinteilung und deren Ersatz durch Entlohnung nach Wirtschaftskoeffizienten.

Ereidit haben sie ihr Ziel nach unserer Tätigkeit nicht. In der Papierindustrie war im Anfang des Jahres nach mäßigem Verhandlungen eine Zusammenlegung der beiden Tarifgebiete besetzt und unbesetzte Stellen besetzt. Die verschiedenartigen wirtschaftliche Entwicklung in beiden Bezirken machte eine Trennung wieder notwendig.

Sie ist durch Schiedsspruch des Tarifamtes im November wieder erfolgt. Nicht gelungen ist es uns, das Dürener Tarifgebiet wieder mit den übrigen zu vereinigen. Wir werden bei passender Gelegenheit dahingehende Anträge wieder stellen.

In der Eisenindustrie ist es uns im letzten Vierteljahr gelungen, endlich gemäß den Bestimmungen des Reichsarbeitsgesetzes einen Bezirksrat zum Abschluß zu bringen.

Dagegen wurde im Gegensatz zu anderen Industriezweigen in der Industrie der Steine und Erden, z. B. für Mittelrhein, Westfalen und Rhenland-Eifel, der Bezirksrat immer noch nicht anerkannt.

In der Ziegelindustrie haben wir einen Rahmentarif für die Rheinlande.

Widerstände sind bei der Durchführung des Acht-Stundentages vorhanden.

In der rheinischen Eisenindustrie war der Beschäftigungsgrad als gut zu bezeichnen. Es wurden 60 Prozent der Friederiksleistung erzielt. Die Einhaltung des Acht-Stundentages zeigt auch hier Schwierigkeiten. Diese sind darauf zurückzuführen, daß wir es fast nur mit solchen Betrieben zu tun haben und unsere Kollegen es ebenfalls an der notwendigen Energie fehlen lassen.

In die letzten Monate der Berichtszeit fällt die Zahlung der ersten Weltmilliarde an die Entente. Die Beschaffung der dazu notwendigen Devisen brachte eine wilde Spekulation auf dem Geldmarkt mit sich. Der Dollar stieg ungeheuer. Die Preise der Lebensmittel stiegen von Tag zu Tag. Die Erhöhung der Tariflöhne konnte naturgemäß nicht so schnell einsetzen und brachte, nachdem sie eintrat, einen vollen Ausgleich nicht.

Bei den weitaus meisten Lohnbewegungen ist es uns gelungen, auf dem Verhandlungswege eine Einigung zu erzielen. Dagegen haben in dem Rhein, Schamotte- und Glasindustrie in Westfalen die Kollegen drei Tage um die Anerkennung der Rechte des Betriebsrates streiten müssen.

Ein unliebsames Kapitel bildet der Streik in Westfalen und Knappzahl in der chemischen Industrie. Die Ursachen und der Verlauf dieser Bewegung sind bekannt. Offenbar haben unsere Kollegen aus diesen Vorlesungen die notwendigen Lehren gezogen. In dies der Fall, dann ist die Garantie gegeben, daß in Zukunft solche plötzlichen Bewegungen, die der Arbeiterchaft der Betriebe selbst und unserer Bewegung im allgemeinen nur schaden, verhindert werden.

Agitatorisch haben wir wesentliche Fortschritte nicht gemacht. Das liegt daran, daß der weitaus größte Teil der Arbeiter Mitglieder der Organisation ist.

Dennoch haben wir im schwarzen Rier Boden gewonnen und eine kollektive Kollegenchaft gegründet.

Die Mitgliederzahl hat sich stabilisiert, das kommt auch in der Beitragsliste zum Ausdruck. Die Zahl der Mitglieder beträgt am Schluß des Jahres 31 182, die sich auf 17 Klassen verteilt.

Im Gau wird nur die erste und dritte Beitragsklasse gezahlt.

Der verhältnismäßig im Berichtsjahre erfolgten Erhöhungen der Beiträge haben unsere Kollegen Widerstand nicht entgegengebracht. Im Gegenzug ging man in vielen Fällen noch darüber hinaus, was beschloßen war, war wir hingegen der Nachzahlung empfinden.

Alles in allem können wir mit dem Stand unserer Organisation zufrieden sein. Trotzdem haben wir noch sehr viel zu tun, um in agitatorischer und organisatorischer Beziehung unsere Pflicht zu erfüllen. Besonders am inneren Aufbau der einzelnen Kollegenchaften muß noch viel gearbeitet werden, wollen wir den an uns gestellten Anforderungen gerecht werden.

Wir sind überzeugt, daß uns die glatte Durchführung aller Arbeiten nicht abgehen wäre, wenn uns nicht ein Stab guter Mitarbeiter aus den Kreisen der Kollegen in allen Betrieben und den Kollegen zur Seite gestanden hätte.

Wenn wir an dieser Stelle den Mitarbeitern danken, so sei damit der Wunsch um weitere Unterstützung ausgedrückt. Insbesondere ersucht aber auch mancher Kollege aus diesen Zeilen die Kameradschaft, seine Kraft der allgemeinen Mitarbeit zur Verfügung zu stellen.

Ein lazes Wort jedoch noch zur Tätigkeit der Gauleiter. Zwar ist der Jugendrat ein besserer geworden und das Gauleitersbüro leben auf der Landstraße wie Anno 1919 und 1920 haben wir nicht mehr zu sagen brauchen. Dagegen ist dennoch ein gewisses Maß an Arbeit betrieblen worden und manche Recht hat zu Ehrenauszeichnungen benutzt werden müssen, und auch manche Tarifverhandlung ist gelungen zwei nächsten Jahresabjahre vollzogen worden. An die physische Kraft und Nerven des einzelnen hat auch das Berichtsjahr große Anforderungen gestellt. An Acht-Stundentag und Urlaub haben wir nicht denken können. Wir trösten uns da und teilen dies Schicksal mit den übrigen Kollegen unseres Verbandes im Gau, denn es genau so ging.

Im Gau haben wir außer drei Gauleitern noch 12 Bezirksleiter und 17 Angehörigen und 11 Bureauarbeitern.

In neuen Verbandsjahre scheint die Zenerung weiterzugehen. Lohnforderungen und Kämpfe werden die naturgemäßere Folge sein. Tarife haben wir uns eingeleitet. Eingeleitet ist auch, daß wir alles tun, unsere Organisation auszubauen, zu stärken, für eine gute Finanzverwaltung Sorge zu tragen und für Stärkung des notwendigen gemeinschaftlichen Geistes in unseren Reihen.

Gedacht dies und erreicht ein jeder mit, dann werden wie viele Schwierigkeiten überwinden.

Im Gau haben wir außer drei Gauleitern noch 12 Bezirksleiter und 17 Angehörigen und 11 Bureauarbeitern.

In neuen Verbandsjahre scheint die Zenerung weiterzugehen. Lohnforderungen und Kämpfe werden die naturgemäßere Folge sein. Tarife haben wir uns eingeleitet. Eingeleitet ist auch, daß wir alles tun, unsere Organisation auszubauen, zu stärken, für eine gute Finanzverwaltung Sorge zu tragen und für Stärkung des notwendigen gemeinschaftlichen Geistes in unseren Reihen.

Gedacht dies und erreicht ein jeder mit, dann werden wie viele Schwierigkeiten überwinden.

Im Gau haben wir außer drei Gauleitern noch 12 Bezirksleiter und 17 Angehörigen und 11 Bureauarbeitern.

In neuen Verbandsjahre scheint die Zenerung weiterzugehen. Lohnforderungen und Kämpfe werden die naturgemäßere Folge sein. Tarife haben wir uns eingeleitet. Eingeleitet ist auch, daß wir alles tun, unsere Organisation auszubauen, zu stärken, für eine gute Finanzverwaltung Sorge zu tragen und für Stärkung des notwendigen gemeinschaftlichen Geistes in unseren Reihen.

Gedacht dies und erreicht ein jeder mit, dann werden wie viele Schwierigkeiten überwinden.

Im Gau haben wir außer drei Gauleitern noch 12 Bezirksleiter und 17 Angehörigen und 11 Bureauarbeitern.

In neuen Verbandsjahre scheint die Zenerung weiterzugehen. Lohnforderungen und Kämpfe werden die naturgemäßere Folge sein. Tarife haben wir uns eingeleitet. Eingeleitet ist auch, daß wir alles tun, unsere Organisation auszubauen, zu stärken, für eine gute Finanzverwaltung Sorge zu tragen und für Stärkung des notwendigen gemeinschaftlichen Geistes in unseren Reihen.

Gedacht dies und erreicht ein jeder mit, dann werden wie viele Schwierigkeiten überwinden.

Im Gau haben wir außer drei Gauleitern noch 12 Bezirksleiter und 17 Angehörigen und 11 Bureauarbeitern.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Zahlen aus der Zündholzindustrie.

Jahresfabriken.

Rechnungsjahr (1. April bis 31. März)	Zahl der Betriebe, welche gearbeitet haben	Durchschnittliche Zahl der		Beschäftigte insgesamt	Arbeiterinnen in Prozent
		Arbeiter	Arbeiterinnen		
1913	70	1644	2185	3829	57,06
1914	68	1654	2421	4075	59,41
1915	66	1708	2731	4439	61,59
1916	62	1626	3031	4657	65,08
1917	62	1519	2912	4431	65,72
1918	59	1729	2852	4581	62,26
1919	59 ¹⁾	1921	3069	4990	61,50
1920	62 ²⁾	1976	3244	5220	62,16

Herstellung, Ein- und Ausfuhr von Zündhölzern.

Rechnungsjahr (1. April bis 31. März)	Herstellte Mengen ³⁾	Vom Ausland eingeführte Mengen	Verkaufte Mengen	Unverkauft ins Ausland ausgeführte Mengen	Tausend Stück ⁴⁾	
					1913	1920
1913	90 286 665	258 515	86 286 570	2 448 166	—	—
1914	89 105 666	2 354 926	94 372 255	2 688 162	—	—
1915	95 955 428	2 364 151	92 369 389	4 870 703	—	—
1916	102 675 109	24 642 117	123 850 525	3 747 804	—	—
1917	87 297 717	16 350 793	104 583 759	1 181 210	—	—
1918	81 862 688	17 811 932	96 004 018	1 784 303	—	—
1919	83 486 515	30 462 349	112 588 994	858 424	—	—
1920	93 112 524	19 203 318	106 236 254	2 001 768	—	—

Erträge der Zündwarensteuer 1913 bis 1920.

Rechnungsjahr	In 1000 Mk.		Davon für Zündhölzner
	1913	1920	
1913	21 715	14 482	—
1914	24 125	14 659	—
1915	23 352	31 107	2884
1916	32 001	59 189	4776
1917	26 339	—	1036
1918	—	—	1027

Gesundheitsschädigungen durch Benzol.

Durch folgende Anfrage eines Fabrikanten in der „Farben-Zeitung“ Nr. 21 vom 18. Februar 1922 werden wir wieder auf die Massenkrankungen in der Gummi-Fabrik Harburg-Bien in Harburg aufmerksam. Wir haben im „Proletarier“ Nr. 5 d. J. über diese Erkrankungen berichtet und angegeben, daß Benzol die Ursache dieser Massenkrankungen war. Es ist bis heute nicht aufgeklärt, worauf die Erkrankungen zurückzuführen sind, denn bei jahrelanger Verwendung von Benzol haben sich solche Krankheiten in der Gummi-Fabrik Harburg nicht gezeigt. Die folgende Anfrage und Beantwortung in der „Farben-Zeitung“ kommt selbst zu dem Ergebnis, daß einzig und allein Benzol die Ursache der Erkrankungen ist. Aus dieser Erkenntnis heraus ist auch die Fabrikleitung dazu übergegangen, die Gummifabrik, anstatt mit Benzol, mit Benzin herzustellen.

Giftigkeit von Lösungsmitteln.

Anfrage: Durch Benzol- und Benzingase sind bei mir gesundheitliche Schädigungen eingetreten. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß diese Schädigungen in der ärztlichen Wissenschaft wenig bekannt sind. Ist Ihnen Näheres darüber bekannt? Wissen Sie Vorschlagsmaßregeln z. B. beim Abfüllen von Fabrikaten mit Benzol oder Benzin im warmen Zustand? Vielleicht eine Art Gasmaske? Meine Fabrik ist neuzeitlich mit Entlüftung- und Abgabevorrichtungen ausgestattet. Gibt es seitens der Behörden Vorschriften?

Antwort: Zur Frage der Giftigkeit von Lösungsmitteln habe ich an dieser Stelle schon mehrfach das Wort ergriffen. Ich will mich daher heute kurz fassen. Die Schädigungsgefahr, die allen Lösungsmitteln der Lackindustrie gemeinsam ist, beruht zum Teil gerade auf der Eigenschaft der Lösungsmittel für Fett. Wie im Lackfass, so lösen auch im Organismus die Lösungsmittel die Fett- und fettähnlichen Substanzen, die z. B. bei den Nerven und dem Gehirn einen außerordentlich wichtigen Bestandteil darstellen. Daher ist den meisten Lösungsmitteln die Schädigung des Nervensystems gemein. Die Größe der Schädigung hängt nun von verschiedenen Umständen ab, wie von der Menge der eingeatmeten Dämpfe, deren Konzentration, der Art des Lösungsmittels und nicht zuletzt von der überaus verschiedenen persönlichen Empfänglichkeit des Betroffenen. Von den in Frage kommenden Lösungsmitteln ist Benzol nach dem übereinstimmenden Urteil aller hier Sachverständigen als das gefährlichste anzusehen. Die Wirkung kann eine ganz tödliche sein, da es vorkommt, daß anfänglich verhältnismäßig leichte Krankheitsercheinungen sich zu immer schwerer werdenden chronischen Erkrankungen ausbilden. Der bekannte Dermatologe Levin (1920, in der „Zeitschrift der Deutschen Dermatologischen Gesellschaft“ (1920, S. 440)) einmal Fälle, bei denen infolge Einatmens größerer Mengen konzentrierten Benzoldampfes der Tod innerhalb weniger Minuten bis zu einer Stunde eintrat. Weit weniger gefährlich sind im allgemeinen die Benzine, doch gehören auch einige Benzinjorten zu den immerhin recht wirksamen Lösungsmitteln.

Im allgemeinen wird meiner Erfahrung nach viel zu wenig mit den Gefahren einer Lösungsmittelvergiftung gerechnet, und man

findet gar nicht selten den falschen Standpunkt vertreten: „Es ist ja noch nie etwas passiert“. Um so größer ist dann das Entsetzen, wenn doch einmal etwas passiert. Wie gesagt, ist die Widerstandsfähigkeit individuell sehr verschieden, aber sie wechselt auch beim gleichen Individuum und ist bei ungünstigem Ernährungszustand und nach überstandenen Krankheiten nicht selten wesentlich vermindert. Jedenfalls sollte man vermeiden, die Lade zu verbünnen, solange sie noch zu warm sind. Die Verbünnung im Freien ist, wenn nicht sehr gute Erpaustoren zur Verfügung stehen oder in geschlossener Apparatur gearbeitet wird, vorzuziehen, doch ist dafür zu sorgen, daß die Arbeiter so stehen, daß die Dämpfe von ihnen fortgetrieben werden. Einen wirklichen Schutz durch Masken zu schaffen, halte ich für recht schwierig. Es käme vielleicht ein absorbierendes Mittel, eine wirksame Adsorptionstafel, in Betracht. Erfahrungen mit Schutzmasken unter den obwaltenden Verhältnissen liegen meines Wissens noch nicht vor.

Dr. Hans Wolff, Berlin.

Die Antwort veranlaßte uns auch, nachzuschlagen, was Professor Dr. Levin über die Schädlichkeit des Benzols sagt. Wir lassen hier seine Ausführungen folgen.

Benzol

Benzoldämpfe stellen ein Gift viel größerer Größenordnung als Benzin und mancher anderer der besprochenen fettlösenden Stoffe dar. Auch bei verhältnismäßig geringer Dampfkonzentration können Tiere wie Menschen dadurch gefährdet werden. Das unreine Produkt scheint durch seinen Gehalt an krampfverursachenden Zyklopentanen (CH) giftiger als das reine zu sein. Ueber vier Gruppen von Erfahrungen verfügt man:

1. Ein Mensch kann durch Benzoleinatmung akut vergiftet und wieder hergestellt werden. So sah man drei Arbeiter, die in einen Benzollagerkeller hineingingen, sofort betäubt zu Boden stürzen. Man jagt sie in weniger als 15 Minuten heraus. Von ihnen kam einer bald zu sich, ein anderer verblieb 24 Stunden im Krankenhaus in tiefster Gehirn Depression und wurde dann hergestellt. Arbeiter in einer Dachpappen- und Dachleinenfabrik, die nur ganz kurze Zeit den Benzoldämpfen ausgesetzt gewesen waren, bekamen alsbald Brustbeklemmung, Kopfschmerzen, Erbrechen. Sie mußten in ein Krankenhaus gebracht werden.

2. Auch nach einer leichten akuten Benzoleinwirkung können bei einem Menschen lang anhaltende Nachkrankheiten sich einstellen.

In einem von mir beobachteten Falle waren eingetreten: Kaufartiges Gefühl, Schwindel, Uebelkeit, später Druck und Schmerzen im Kopfe, Atemnot, Herzbelemmungen und beim Krüppeln Entleerungen blutigen Schaumes. Es blieben eine gelbliche Gesichtsfarbe, blasende Herzgeräusche und eine allgemeine Nervenabspannung. Bei einem durch Benzoldampf Vergifteten mußte man nach zwei Jahren taubeneigroße Drüsen geschwülste am Halse entfernen. Nach weiterer Zeit erschienen Wassertropfungen in der Brusthöhle. Fünf Jahre nach der Vergiftung und nach ununterbrochenem Leiden erfolgte der Tod. Ich fasse auch solche Geschwülste als Vergiftungsfolge auf. Sie sind das Produkt entzündungserregender Zerfallprodukte, die sich durch Benzol wie durch andere Einflüsse, z. B. durch Verbrennung bzw. Verbrüfung der Haut bilden und bei einer geeigneten Disposition in Drüsen eingeschlossen werden und hier wirken können.

3. Menschen, die akut eine größere Menge konzentrierten Benzoldampfes einatmen, können innerhalb mehrerer Minuten bis zu einer Stunde sterben.

Es starben Arbeiter akut, nachdem sie nur Minuten in einem benzoldampferfüllten Räume geatmet hatten. Ein solcher, ein kräftiger junger Mann, war bei dem Umkräftigen eines chemischen Produktes aus Benzol beschäftigt. Das anhaftende Benzol sollte in einer Schwingmaschine entfernt werden. Der Arbeiter hatte vergessen, die Fenster und die Tür des betreffenden Raumes zu öffnen, bevor er sich aus ihm nach Vorschrift entfernte. Bald nachdem er ihn zum Abstellen des Schwingkessels wieder betreten hatte, stürzte er mit den Worten heraus: „Es brennt, ich weiß nicht, ob in mir selbst oder in dem Lohal“, taumelte, fiel zu Boden und starb.

Ein Arbeiter geht in einen Benzollagertraum und fällt bewußtlos um. Zwei Mitarbeiter eilen ihm zu Hilfe und erleiden das gleiche Schicksal. Zwei von den Vergifteten werden hergestellt, der dritte, und zwar gerade derjenige, der die kürzeste Zeit in der verberblichen Atmosphäre geatmet hatte, stirbt in der Bewußtlosigkeit.

Es starben weitere Arbeiter, die z. B. mit der Reinigung eines Kessels beschäftigt wurden, in welchem eine Masse mit Benzol ausgelagt werden sollte. Beim Entfernen der Rückstände hatten sich Benzoldämpfe entwickelt. Auch bei dem Arbeiten an Gummi-Flechmaschinen, ferner bei der Destillation verdichteter Waschlösung in einer Kolonnen, bei der Vanillinfabrikation, bei der teigartigen Verwendung von Kautschuklösungen u. a. m. erfolgten wiederholte tödliche Vergiftungen.

4. Durch die wiederholte Vergiftung mit Benzol im Betriebe sah man ein chronisches Leiden, eventuell auch mit tödlichem Ausgang, entstehen.

Ein Arbeiter, der täglich 1000 bis 1500 Kilo Benzol destillieren und alle paar Tage den Destillationsapparat reinigen mußte, wurde nach einer derartigen vierjährigen Tätigkeit „sonderbar“, bekam Krampfzustände und nach einer besonders starken Einwirkung halbsittige Lösungssymptome, später Delirien u. a. m. Als er nach seiner Wiederherstellung wieder in diesen Betrieb gegangen war, wurde er schon nach sechs Tagen wieder mit Krämpfen, Bewußtlosigkeit, krampfhaften Augenbewegungen und Delirien.

Es ist aber auch möglich, daß eine Beschäftigung von drei Wochen bis vier Monaten in mit Benzoldampf erfüllten Räumen nach vorgängigem Kranksein den Tod veranlaßt. Von einem jungen Weibchen, die bei der Herstellung von Velozipedingen beschäftigt waren, starben unter solchen Bedingungen vier, während die anderen von ihrer Erkrankung wiederhergestellt wurden.

Als dieser Vergiftung eigentümlich sind punktförmige, infolge großer Blutungen oder Blutergüsse in die Haut, die Schleimhäute, auch im Innern des Körpers, im Gehirn, am Herzen, aus dem Munde, im Magen und Darm anzusehen. Ein Arbeiter, der auf

einem Kriegsschiff in einem engen unventilierten Raum mit „black varnish oil“, d. h. einer Auflösung von Steinkohlenteeröl, das neben anderen Stoffen Benzol, Toluol und Xylol enthält, freizehen mußte, bekam eine faulige Bronchitis mit asphätem Geruch, Fieber und starb daran.

Die durch Benzol gelösten fettartigen Körperstoffe lagern sich in Leber, Herz usw. an und bedingen dadurch Funktionsstörungen.

Toluol — Xylol

Die Methylbenzole reifen sich ihrer Wirkungsart nach an das Benzol an. Toluol ist giftiger als Benzol, die Xylole wirken dem letzteren etwa gleich. Das giftigste der Xylole ist die p-Verbindung. Nach wiederholter Einatmung von Dämpfen des Xyloles bei dessen gewerblicher Verwendung für gummierte Gewebe erkrankte ein Arbeiter anfänglich mit einer Art Malaria; darauf folgten: Eingeschlafenheit der Hände und Füße, Zittern, Angstgefühl, Bewußtseinsstörung. Selbst nach dem Aussetzen der Arbeit bestanden noch Schwindel, Kopfschmerzen, Bergecklichkeit, Herz klopfen, Schwindungen und Anfälle unter dem Bilde der Brustkrämpfe.

Nach Angabe Dr. Lewins muß angenommen werden, daß Benzol Krankheitsercheinungen hervorgerufen in der Lage ist, auch wenn Arbeiter durch jahrelange Beschäftigung an Benzol gewöhnt sind.

Papier verarbeitende Industrien

Die Verlängerung des Reichslohntarifs für die Tapeten-Industrie.

Am 20. Februar fanden in Berlin die Verhandlungen über die Erneuerung des Reichslohntarifs für die Tapeten-Industrie statt. Die Arbeitgeber ließen bereits bei Beginn der Verhandlung durch ihren Vorsitzenden erklären, daß die Forderungen der Tapetenarbeiter in bezug auf die Lohnklassenverteilung und Lohnhöhe in der Vorbesprechung der Arbeitgeber einer eingehenden Beratung unterzogen worden und daß die Ortsklassenverteilungen einstimmig abgelehnt seien; aber auch die Lohnforderungen seien derart hoch, daß die Arbeitgeber auf dieser Grundlage nicht verhandeln könnten. Sollten die Vertreter der Arbeiterschaft an diesen Forderungen festhalten, dann würde eine Erneuerung des Tarifes nicht vorgenommen werden. Die Lage der Industrie sei in einzelnen Betrieben bereits eine trostlose, so daß einige Betriebe schon zur Arbeitszeitverkürzung übergehen müßten. Nach diesen einleitenden Erklärungen erhielten die Vertreter der Tapetenarbeiter das Wort zur Begründung der eingereichten Forderungen. In sehr eindringlichen Worten wurde auf die notwendige Erfüllung der Wünsche der Arbeiterschaft sowohl in der Ortsklassenfrage als auch in der Lohnforderung hingewiesen.

In mehrstündiger Aussprache wurde von den Arbeitgebern immer wieder erklärt, daß eine Veränderung der Ortsklasseneinteilung nicht vorgenommen werden könnte, denn die Verhältnisse in den einzelnen Orten seien derart verschieden, daß eine Verringerung der Ortsklassen nicht in Frage käme, weil die Lohnsätze der anderen Industrien am Orte in den meisten Fällen weit hinter den Lohnsätzen der Tapetenfabriken blieben. An dem Festhalten dieser Forderungen würden die Verhandlungen scheitern.

Die Lohnforderungen wurden von den Arbeitgebern nicht ernst genommen und wollten diese an einzelnen Beispielen nachweisen, daß die Brotvermehrung pro Arbeiter und Stunde 12 Pf. ausmache. Von Arbeitnehmerseite wurde demgegenüber angeführt, daß die Verwertung auf alle Lebensmittel- und Bedarfsartikel übergreife und daß die bisherigen Lohnsätze in keiner Beziehung zu der herrschenden Teuerung stehen. Die Lohnforderungen seien in mäßigen Grenzen gehalten unter der Voraussetzung, daß Abstriche überhaupt nicht gemacht werden sollen.

Die Arbeitgeber erklärten nun, daß sie bereit seien, eine Lohnzulage für die Facharbeiter von 75 Pf. für die Hilfsarbeiter von 10 bis 75 Pf. für Arbeiterinnen eine solche von 10 bis 50 Pf. pro Stunde, abgestuft nach den Altersklassen, zu geben. Die Zugeständnisse der Arbeitgeber waren für die Vertreter der Arbeiterschaft nicht diskutabel und wurden nach kurzer Einzelberatung als zu niedrig abgelehnt. Die Arbeitgeber verlangten nun, daß von Arbeitnehmerseite entsprechende Zugeständnisse gemacht werden müßten. Dem wurde dadurch entgegengekommen, daß zu den Zugeständnissen noch in allen Stufen 1 Mk. verlangt wurde.

Die Arbeitgeber lehnten auch diese Forderung ab und verlangten eine dem bisherigen Tarif angepasste Lohnregelung. In der nun abgehaltenen Einzelberatung konnte sich die Tarifkommission nur schwerer Herzens auf eine derartige Zustimmung einlassen. Unter Berücksichtigung der Beschäftigungsmöglichkeit in den Betrieben, welche heute schon verkürzt arbeiten, wurden die Lohnforderungen dahingehend revidiert, daß ein höherer Zuschlag, speziell für die männlichen Hilfsarbeiter von 19 bis 21 Jahren, ebenso für die Arbeiterinnen, ferner für Vollarbeiter gefordert wurde. Die Vertreter der Arbeiterschaft betrachteten diesen ihren letzten Vorschlag, der im wesentlichen dieselben Zulagen wie jener vom 5. Januar vorkah, als äußerste Grenze.

Die Arbeitgeber lehnten mit aller Entschiedenheit auch diese Forderung ab und wollten den Vollarbeitern in der Spitze nur 1,25 Mk., den Arbeiterinnen über 21 Jahren aber nur 80 Pf. zugestehen. Sie bezeichneten ihr letztes Angebot als ein Ultimatum, darüber hinaus glaubten sie nicht gehen zu können. Damit waren die Verhandlungen auf einem entscheidenden Punkt angelangt, so daß kein Verhandlungsteilnehmer die friedliche Lösung der Lohnregelung mehr erwartete. Der Vorschlag des Arbeitgebers verbandes, das Reichsarbeitsministerium als Schlichtungsinstanz anzurufen, wurde von der Branchenleitung abgelehnt, weil die Lohnregelung nicht verkompliziert werden sollte. Daraufhin wurde noch einmal der Versuch gemacht, durch eine kleine Kommission eine Einigung herbeizuführen. Nach vieler Mühe ist es dann gelungen, die beiderseitigen Parteien für das nachstehende Abkommen zu gewinnen. Hierbei kommt ganz besonders in Betracht, daß auch für das besetzte Rheinland die Lohnregelung in Berlin wieder vorgenommen werden sollte, nachdem sich die Arbeitgeber des besetzten Gebietes noch in der Verhandlung am 5. Januar auf den Standpunkt stellten, die Lohnregelung für das Rheinland in Bonn vorzunehmen. Im Interesse des Reichslohntarifs lag dies keineswegs, denn der Umwälle, der in den Betrieben des unbesetzten

1) Davon im Nebenbetrieb zwei.
2) Davon im Nebenbetrieb vier.
3) Die Produktion von Zündhölzern, -stäben und -kerzen ist hier unberücksichtigt geblieben, da sie gegenüber den Zündhölzern nicht ins Gewicht fällt.
4) An die für die einzelnen Jahre angegebenen Posten sind drei Nullen anzufügen. Das gleiche gilt für die Geldbeträge unter „Erträge der Zündwarensteuer“.
5) Seit 1918 ohne Polen, Elsaß-Lothringen und Luxemburg.

Deutschland über das Sondervergehen zum Ausdruck kam, hat zweifellos seine Berechtigung. Wenn dieses Beispiel Schule gemacht hätte, wären wir zu denselben Zuständen gekommen, die vor der Schaffung des Reichstarifs bestanden, so daß bei 50 Betrieben auch 50 verschiedene Lohnsätze für ein und dieselbe Arbeiterkategorie in Frage kommen.

Die letzte Tapetenarbeiterkonferenz hat sich aber in ihrer überwältigenden Mehrheit auf den Boden des Reichstarifs gestellt, so daß der Tarifkommission kein anderer Weg übrig blieb, um die Beschlüsse der Gesamtarbeiterchaft durchzuführen, als daß sie der Lohnregelung für das besetzte Gebiet ihre Zustimmung gab.

Wenn auch durch diesen Abschluß nicht alle Wünsche befriedigt werden konnten, so steht doch fest, daß bei einem Scheitern der Verhandlung die Lohnregelung in jedem Fall verschleppt worden wäre. Dem konnte die Tarifkommission nicht ruhig zusehen und ist daher der Auffassung, für die Durchführung des Reichstarifs die Verantwortung tragen zu können.

Ludwig Philippa.

Abkommen zur Verlängerung des Reichslohntarifs für die Tapeten-Industrie.

1. Auf die zur Zeit bestehenden Löhne werden in allen Ortsklassen einschließlich besetztes Gebiet folgende Teuerungszulagen gewährt:

Table with columns for worker categories (a, b, c), age groups (14-15, 15-16, etc.), and hourly wages in M. The table lists various worker types like Druckereiarbeiter, Hilfsarbeiter, and Arbeiterinnen with their respective wage adjustments.

2. Ortsklasseneinteilung:

Die Ortsklasseneinteilung bleibt unverändert. Die am 5. Januar 1922 vereinbarten Zuschläge der Orte Barmer, Oberfeld, Schöpswäld, Gröden, Sommerbach, Wilsheim a. d. Ruhr zu den Ortsklassen der Ortsklasse I bleiben unverändert bestehen.

Der Ort Hesel i. Rhein wird neu in die Ortsklasse I eingereiht und erhält die Zuschläge wie die Orte Barmer, Oberfeld etc.

3. Nach vorstehenden Zulagen ergibt sich folgender neuer Reichslohntarif für die Tapeten-Industrie:

gültig ab 16. vollen Lohnwoche nach dem 15. Februar 1922:

Table showing wage rates for different worker categories (a, b, c) across four districts (I, II, III, IV). It includes sub-categories for men and women with specific age ranges and their corresponding wages.

4. Inaktivezeiten und Geltungsdauer.

Empfänger des Lohnes tritt mit dem 15. Februar 1922 in Kraft und gilt bis zum 31. März 1922.

Die Kündigungsvoraussetzungen bleiben unberührt.

Berlin, den 20. Februar 1922.

Für den Reichsverband der Papierverarbeitenden Industrie, Holzgerätee- und Buchbinderei-Industrie:

Dr. L. Koppmann, Dr. Engelke, Dr. Jacques Koppmann, Dr. Schöps.

Für den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands: Dr. Ludwig Philippa.

Für das besetzte Gebiet: Dr. Klein.

Für den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands: Dr. Ludwig Philippa, Dr. Peter Kallweit.

Industrie der Steine und Erden

Höchstpreise für Zement

(nach § 4 Abs. 1 mit Wirkung ab 3. Februar 1922).

Für Lieferungen an private Zementabnehmer:

Table listing maximum prices for cement deliveries to private consumers. It includes categories for different types of cement and their prices as of 1. February and 3. February 1922.

In Zukunft eintretende Kohlenpreiserhöhungen bedingen eine Erhöhung der Zementpreise demnach, daß jede Kohlenpreiserhöhung für 1000 Kilogramm entsprechend ihrem prozentualen Anteil an der Zementherstellung in Anrechnung zu bringen und den

* In nachstehender Liste der Ortsklasse I: Barmer, Oberfeld, Schöpswäld, Gröden, Sommerbach, Wilsheim (Ruhr), Hesel, wozu der Jahrbuchener (Gruppe a) und der männlichen Hilfsarbeiter über 21 Jahre z. H. über Land zu der Ortsklasse I gehört.

Zementpreisen zuzuschlagen ist. Hierbei sind die vom Reichslohnenverband für den Bezirk des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats festgesetzten Höchstpreise (einschließlich Kohlen und Umfahntarife) zugrunde zu legen.

In Zukunft auf den deutschen Reichseisenbahnen eintretende Kohlenpreiserhöhungen sollen ebenfalls eine Erhöhung der Zementpreise bedingen, die auf ähnliche Weise berechnet wird.

Berlin, den 3. Februar 1922.
Der Reichskommissar für Zement.
Wesfig, Ministerialrat.

Verbindlichkeitserklärung des Reichstarifvertrags für die Zementwaren-Industrie Württembergs.

Bei der kürzlich erfolgten Verbindlichkeitserklärung des Reichstarifvertrages für die Zementwaren- und Zementstein-Industrie in Württemberg und Hohenzollern ausgenommen. Diese Güter sind nunmehr ausgeglichen. Die Verbindlichkeit ist auch für dieses Gebiet ausgesprochen. Wir lassen diese folgen:

Württemberg.
Der Reichsarbeitsminister. Berlin, den 31. Januar 1922.
IV D 1735/81.

Entscheidung.

Die allgemeine Verbindlichkeit des für die gewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen in Zementwaren- und Zementsteinbetrieben, einschließlich der Betriebe des Terrazzo-Steinbearbeitung und Pflasterherstellung, für das Gebiet des Deutschen Reiches, mit Ausnahme des Freistaates Württemberg und Hohenzollern, für allgemein verbindlich erklärten Reichstarifvertrages vom 21. Juni 1921 (R.-M. Nr. 29 vom 15. 12. 1921) wird für die gewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen in Zementwaren- und Zementsteinbetrieben, mit Ausnahme der Terrazzo- und Pflasterbetriebe, und mit Wirkung vom 1. August 1921 auf das Gebiet des Freistaates Württemberg und Hohenzollern ausgedehnt.

Im Auftrage:
Dr. Busse.

Eine Konferenz für die Ziegel-Industrie der Pfalz

fand am Sonntag, dem 5. Februar 1922, in Rheinzabern statt. Die Tagesordnung der Konferenz lautete:

- 1. Die wirtschaftliche Lage in der Ziegelindustrie und ihre Auswirkung auf die Ziegelerarbeiter (Referent Kollege Berg);
- 2. Unsere bisherige Tarifpolitik in der Ziegelindustrie und Stellungnahme zum Tarifvertrag für 1922 (Referent Kollege Dr. Kern, Gau-leiter, Ludwigshafen a. Rh.);
- 3. Beschlüsse und Anträge.

Der Vorsitz der Konferenz übernahm der Konferenzteilnehmer infolge einer Entschuldigung, als dadurch der Kollege Berg am Erscheinen verhindert war. Der 1. Punkt der Tagesordnung wurde zurückgestellt. In Punkt 2 sprach der Kollege Kern. Ausgehend von der 3jährigen Tarifpolitik in der pfälzischen Ziegelindustrie, freute er die gemeinsamen Erfahrungen guter und schlechter Art. Insbesondere beschäftigte er sich mit dem Jahr 1921, wo die Kämpfe teilweise eine besondere Schärfe annahmen und teilweise im Frühjahre zur Kündigung der Verträge geführt hatten. Die von allen erwünschten Vorteile seien jedoch nicht voll zu erlangen gewesen, und wüßte sogar eine Differenzierung zwischen Baufeld- und Ziegelfeldern mit in den Lauf genommen werden.

Das Verhalten der Arbeitgeber riefte Kritik an der Hand von Beispielen ins rechte Licht. Sonst er hoch sogar anzuführen, daß es Ziegelerarbeiter fertig brachten, den Beschäftigten der Arbeitgeber ausständig der Dampfer Katastrophe, 3 Millionen Strafrub um 25 Prozent billiger zu liefern, zu durchzuführen und die Steine nur zu regulärem Preise herzugeben.

Bezüglich des zur Zeit bestehenden Reichstarifs, der eine eingehende Würdigung vom Redner fand, konnte gesagt werden, daß alle Bemerkungen vorläufig, wenn der Reichstarif unbedingt an Stelle des Reichstarifs zu setzen. Einige eingegangene Anträge behandelnd, gab er sich der Hoffnung hin, daß bei guter Unternehmung von Seiten der Ziegelerarbeiter es wohl möglich sei, die Anerkennung des Reichstarifs zu erreichen. Selbstständig abweichend verhielt sich der Referent zur Forderung, nachweisend, daß es den Unternehmern möglich sei, genügend deutsche Arbeiter zu bekommen.

Die Debatte gab vielen Kollegen Gelegenheit, Wünsche und Beschwerden vorzutragen. Am 10. manchem Gebiet wüßte die Organisation noch Remedien schaffen. Einmütig stellte man sich jedoch hinter die Ausführungen des Kollegen Kern. Einmütig wurden die kommenden Arbeiten zur Vorbereitung und Verhandlung dem Gau-Stammrat für die Ziegelindustrie übertragen. Dieser, aus 7 Personen bestehend, wurde noch durch den Kollegen Schoppacher ergänzt.

Für den Nachmittag um 3 Uhr war eine öffentliche Versammlung für die Ziegelerarbeiter und -arbeiterinnen vorgesehen. In Verhandlung des Kollegen Berg sprach Kollege Kern über die wirtschaftliche Lage in der Ziegelindustrie aus ihrer Auswirkung auf die Ziegelerarbeiter.

Ausgehend von der gerade am Orte seit Jahrzehnten andauernden anderen Ziegelindustrie, gab er hervor, daß entgegen anderen Produkten die Ziegelindustrie ihr Absatzgebiet im Reich zu suchen habe. Die schwache Nachfrage und auch die Verteilung und Kostenmangel lieferten erdrückend auf der Ziegelindustrie. Obwohl die Ziegelerarbeiter nur zum Teil gut beschäftigt waren, vertragen die Unternehmer dennoch inländische Arbeitskräfte heranzuziehen.

Mit kurzen Worten gezielte Kollege Kern das Verhalten der Arbeitgeber in Bezug auf die abhängige Arbeitszeit, hinweisend auf verschiedene vorliegende Beispiele. Drei Jahre habe man Zeit gehabt, sich in der Ziegelindustrie auf die neuen Verhältnisse einzustellen. Niemals werden die Unternehmer Mitleid haben, auf geschicktem oder ungeschicktem Wege oder durch häßliche Überarbeit die 10stündige Arbeitszeit wieder einzuführen.

In einer von der Versammlung angenommenen Entschließung heißt es unter anderem:

Die Arbeiterchaft lehnt es ganz entschieden ab, daß für die Ziegelerarbeiter die 10stündige Arbeitszeit wieder eingeführt wird.

Die Versammlung fordert die Verhandlung auf, mit allen Mitteln gegen dieses Ansehen der Unternehmer anzukämpfen, und erklärt, daß die gesamte Arbeiterchaft vom Rheinzaberner Gebiet und der Rheinpfalz zu jeder Zeit sich nach hinter die Organisationsleitung stellt.

Eine kampfeslustige Firma

hat der Herr L. G. Kradtzer in Erlen, bei der Rheinischen Arbeiter-Zeitung. Als Leiter des Betriebes wählte die Herr Direktor Haberlein und Betriebsleiter Kradtzer in Erlen. Beide kamen anfangs nur darüber nach, wie es am besten gelänge, bei einem Geschäft die Arbeiterchaft anzukämpfen. Um Erfolg zu haben gegen das Ansehen der Herren, Kradtzer sich die Kämpfer gegen ihren gewöhnlichen Organisations, dem Verband der Fabrikarbeiter, an. Als bald wurde bekannt, die besetzten Löhne durch Einwirkung von Organisationen zu verteidigen. Kontakt mit der Organisation zu verbinden und der besetzten Löhne von 4,50 M. für männliche und 3 M. für weibliche Arbeiter hat Kradtzer, glaubte der Direktor den Herren Mann markieren zu müssen. Der Betrieb wurde einseitig geschlossen und die Kämpfer, 18 arme Leute, auf die Straße gesetzt. Der Direktor unternahm eine geschickliche Reise, um allen Betreibern aus dem Wege zu gehen.

Herr Haberlein, der glaubte, auf diese Weise die Organisation in seinem Betriebe zu zerstören, hatte aber die Rechnung ohne den Fabrikarbeiter gemacht. Bei seiner Rückkehr mußte er sehen, daß der Betrieb wieder im Gang war und alle Verhältnisse wieder wie vorher.

Die neu eingereichten Vorschläge, die ab 15. Dezember 1921 für männliche 7,50 M. und für weibliche 5 M. in der Spitze vorzulegen, wurden glatt abgelehnt. Auch der Versuch des Erklärungsversuches, der den eingereichten Vorschlägen Rechnung trug, lehnte der Direktor ab.

Um die Beschäftigten müde zu machen, wurden Maßnahmen vorgeschlagen, u. a. wurde ein Arbeiter, der bereits eine Woche vom Fabrik im Betriebe tätig war, einfach entlassen.

Bedauerlich beteiligt an vorgenannter Entlassung war der Betriebsleiter Kradtzer.

Mag auch die Betriebsleitung im Augenblick noch den Maßstab einnehmen, sie dürfte gut tun, den Bogen nicht zu über-spannen. Es kommt auch für die Beschäftigten wieder eine günstige Zeit. Meist die Beschäftigten geschlossen und einzig, dann dürfen Direktor K. und Betriebsleiter K. bald einsehen, daß auch ihre Bäume nicht am Himmel wachsen.

Verschiedene Industrien

Lohnbewegung in der Sonneberger Spielwaren-Industrie.

Die Spielwarenindustrie, welche fast ausschließlich als Exportindustrie anzusprechen ist, befindet sich auf Grund der Valuta in Hochkonjunktur. Trotzdem lebt die Arbeiterchaft in nicht gerade gut zu nennenden Verhältnissen, da die Spielwaren-Industrie in Thüringer Wald in Industriorten wohnt, die wenig Landwirtschaft als Hinterland und Lebensmittelzufuhr haben. Es sind deshalb die Lebensmittelpreise außerordentlich hohe. Um die erneut einsetzende Teuerung auszugleichen, wurden neue Löhne vereinbart. Die Arbeitgeberverbände haben von einer vollen Auswirkung der Kündigungsfrist Abstand genommen.

Mit Wirkung vom 11. Februar 1922 wird die Höchstaltersgrenze bei männlichen und weiblichen Arbeitern um 1 Jahr zurückgestellt, und betragen die Spitzenlohnhöhen bei den Männlichen 565 M., für die Weiblichen 315 M.

In der Papiermachereindustrie werden die Lohnsätze mit Wirkung vom 15. Februar 1922 um 125 Prozent erhöht auf die Tariflöhne vom 8. August 1921. Seit Dezember 1921 ist dies eine Erhöhung von 50 Prozent.

Die Maschinenindustrie ist eine der kampfeslustigsten; trotzdem wollen die Arbeitgeber nur einen Zuschlag von 10 Prozent bewilligen. Große Differenzen sind deshalb nicht ausgeschloffen.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Mit Zustimmung der Reichsregierung werden vom 13. Februar 1922 an für das preussische Staatsgebiet folgende neue Höchstmätze der Erwerbslosenunterstützung in Geltung gesetzt:

Table showing maximum rates for unemployed support in different districts (A, B, C, D, E) for various categories: 1. für männliche Personen, 2. für weibliche Personen, 3. als Familienzuschläge für a) den Ehegatten, b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige.

Wichtig für die Erhöhung der Unterstützungssätze ist die Erhöhung des Brotpreises und die allgemeine Steigerung der Lebenshaltungskosten in den letzten Wochen.

Produktive Erwerbslosenfürsorge.

Mit Wirkung vom 5. Dezember 1921 traten für die produktive Erwerbslosenfürsorge an Stelle der bisherigen Sätze folgende neue erhöhten Sätze:

Table showing increased rates for productive unemployed support in different districts (A, B, C, D/E) for categories: für Ortsklasse, bei Wohngebäuden ändern sich die bisherigen Sätze für jeden Kubikmeter umgebauten Raumes wie folgt: a) bei Zugrundelegung der gewöhnlichen Ersparnis an Erwerbslosenfürsorge.

Bei Wohngebäuden ändern sich die bisherigen Sätze für jeden Kubikmeter umgebauten Raumes wie folgt: a) bei Zugrundelegung der gewöhnlichen Ersparnis an Erwerbslosenfürsorge: für Ortsklasse A B C D/E Markt 126 114 108 102

b) bei Zugrundelegung der zweifachfachen Ersparnis an Erwerbslosenfürsorge: für Ortsklasse A B C D/E Markt 156 138 132 126

Eine Erhöhung des Zuschusses für bereits vor dem 5. Dezember 1921 erhaltene Maßnahmen kann nur in besonders begründeten Ausnahmefällen eintreten, z. B. wenn die Anstellung langfristige Erwerbsloser in großem Umfange in Frage kommt.

Literarisches.

Sozialwirtschaftliche Vorträge.

Bei der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, G. m. b. H. (Berlin SO 16, Engelauer 24) ist die erste Reihe von sozialwirtschaftlichen Vorträgen von Dr. Alfred Stiemer erschienen. Sie enthält Vorträge an Vorträgen über: 1. Die Elemente der Wirtschaft, 2. Wirtschaftskrisen und Verengungen, 3. Geld und Kredit, 4. Vom Kapital, 5. Vom Wert, 6. Vom Preis. Der Preis beträgt für Gewerkschaftsmitglieder 12 M., für Nichtmitglieder 24 M. In diesen Vorträgen sollen noch entsprechende Ergänzungen für die Hörer hergestellt werden, deren Preis je nach der Höhe der Auflage 8-10 M. betragen wird. Der Verfasser beschäftigt, nachdem die nötige Anleitung zu Vorträgen zu bieten, die die Erziehung zu wirtschaftlichen Denken fördern sollen, was in dieser Zeit ohne Zweifel besonders notwendig ist.

Sozialpolitik, Erörterungen zum Göttinger Programm, von Max Quard, J. H. B. Dietz Nachf. und Buchhandlung Bornhöft, Berlin SW 68. (Preis 1,50 M.).

Genosse Dr. Max Quard behandelt in seinen Erörterungen zum Göttinger Programm den ganzen Komplex sozialpolitischer Fragen, die in einer sozialen Republik in das Blickfeld der Arbeiterchaft gerückt sind. Er begründet mit überzeugender Kraft die Notwendigkeit der Einseitigkeit des Arbeiters. Quard tritt für die vollständige Sicherung des Arbeitsrechts ein, legt die Notwendigkeit eines gesetzlichen Arbeits-tages und einer Herabsetzung dieses Arbeitstages für die mit erhöhten gesundheitlichen Gefahren verknüpften Betriebe dar. Er betont, was zum Schutz der Heimatländer für die Arbeiter in der Privat-industriein streikender Unternehmer. Das Quard über die Anerkennung eines allgemeinen Rechts der Frauen auf Erwerb sagt, verdient die allgemeine Unterstützung aller sozialpolitisch vorgeschrittenen Männer und Frauen. Quard weist auf die sozialpolitisch wachsende Verarmung der deutschen Arbeiter-erschaft hin und verlangt ihren Ausban zu einer allgemeinen Sozialsicherung. Quard bezieht seine Erörterungen mit der Forderung auf internationalen Arbeiterkampf und einer weitestgehenden Sozialpolitik.